

*Nachdem die FARC in ihrer Erklärung vom 29.12.05 Verhandlungen mit der kolumbianischen Regierung auf der Grundlage des Vorschlags der Vermittlerländer Schweiz, Frankreich und Spanien abgelehnt hatte, erschien in der Tageszeitung EL TIEMPO dazu am 4.1.06 folgender Leitartikel.*

### **Ein weiterer Schlag gegen den Gefangenen austausch**

Eine kalte Dusche: Darin bestand das Geschenk, das die Kolumbianer von der FARC zum Neuen Jahr erhielten, die erklärte, dass es mit Präsident Uribe keinen humanitären Gefangenen austausch geben wird. Oder sollte es so sein, dass es der FARC nichts bedeutet, ihre Gefangenen weitere vier Jahre wie Sklaven im Urwald zu halten im Fall der Wiederwahl Urbes, die ja recht wahrscheinlich erscheint.

Die erste Reaktion auf die beiden Erklärungen der FARC, datiert auf den 29.12.05 und über das Internet verbreitet am 2.1.06, ist Befremden. Die eine ist titulierte als "Grüß zum Neuen Jahr", die andere "Mit Uribe wird es keinen humanitären Austausch geben". In der ersten wünscht man "dem Volk, dass es kämpfen soll und der Oligarchie, dass sie Sensibilität zeigen möge". Die zweite gipfelt in dem Satz: "Das Haupthindernis für eine humanitäre Vereinbarung ist das Fehlen politischen Willens beim gegenwärtigen Präsidenten Kolumbiens."

Nicht dass das Land nicht gewöhnt wäre an die wie vom Olymp kommenden Erklärungen der FARC, am meisten aber stört an diesen Äußerungen die Form, wie sie in diesen jede eigene Verantwortung vermissen lässt. Ist sie es doch, die diese moderne Form der Sklaverei, die Entführung, hervorgebracht hat und die "Sensibilität" zeigen müsste. Hat sie denn bisher irgendeine Art von "politischem Willen" gezeigt? Dabei ist nicht die Rede vom Willen zu einem Gefangenen austausch oder zum Frieden, sondern davon, von furchtbaren Handlungsweisen abzugehen, die sie, wie Entführungen, Vertreibungen, Mord an Zivilisten und die Rekrutierung von Kindersoldaten mit kalter Effizienz praktiziert.

Die Regierung steht in der Pflicht, alles zu tun, um die Entführten wieder an ihre Familien zurück zu geben. Aber die vorrangig Verantwortlichen für dieses Drama sind die Entführer. Es ist ein unendlicher Zynismus, wenn die FARC versucht, der Regierung die Verantwortung dafür zuzuschieben, dass die Gefangenen in im Urwald verkommen, einige von ihnen schon seit acht Jahren. Die FARC sagte, die Regierung unternehme "aus Wahlkampfgründen eine verzweifelte diplomatische Anstrengung", die auf Vorschläge der Schweiz, Spaniens und Frankreichs zurückgeht. Aber ist denn ihre Erklärung nicht auch geeignet, das Drama wahltaktisch umzumünzen, nämlich gegen den Präsidenten, der erneut kandidiert?

Es ist wohl legitim, verärgert über Leute zu sein, die mit der einen Hand von "politischem Willen" schreiben und mit der anderen Gefangene umbringt oder mehrmals Lösegeld abkassiert.....

Gleichwohl sollte man nach dieser ersten Reaktion und der verständlichen Enttäuschung der Familien der Entführten die Dinge sehen wie sie sind.

Jene, die die FARC kennen, haben es vorausgesagt: Es war nicht wahrscheinlich, dass der neue Vorschlag angenommen würde. Sie würden Uribe nicht den Gefallen eines Abkommens tun, mitten in der Kampagne zu seiner Wiederwahl.

Es war auch nicht gerade passend, dass die Regierung den Vorschlag der drei Länder öffentlich machte. Dass man akzeptierte, 180 km<sup>2</sup> zu entmilitarisieren, ist ein bedeutender Positionswechsel. Aber die Durchführbarkeit eines solchen Vorschlages beruht darauf, dass man ihn erst dann öffentlich macht, wenn beide Seiten ihn akzeptiert haben. Einseitige Schritte erschweren zu erreichen, was man möchte: Soldaten, Polizisten und Zivilpersonen frei zu bekommen. Und die FARC nutzt das wie jetzt, um seelenruhig eine erneute Absage zu erteilen.

Aber nicht alles sieht schwarz aus. Trotz ihrer strikten Ablehnung des Vorschlags erkennt die FARC die "guten Dienste" der drei Länder an, obwohl sie behauptet, den Vorschlag gar nicht

zu kennen. Es bleibt die Möglichkeit offen, dass sie sich mit Vertretern der drei Ländern treffen könnte und dass es von da an neue Entwicklungen geben könnte, vielleicht angenehmere als den Eimer kalten Wassers zu Jahresbeginn.

Das sind gewiss nur vage Hoffnungen angesichts des Schlages, den die Erreichung eines Abkommens zum Gefangenenaustausch erhalten hat. Nur ein weiterer Schlag in einer langen Folge, die sich nur noch verschlimmern könnte, wenn das Schicksal der Gefangenen zur Wahlkampfmunition gemacht würde. Was die FARC angeht, so besteht kein Zweifel, dass sie den Zynismus und die Grausamkeit besitzt, das zu tun. Aber auch Regierung und Gesellschaft verbietet sich solches Handeln, wenn wir den Männern und Frauen, die in den Wäldern als Gefangene leiden, wenigstens ein Minimum an Respekt entgegenbringen.